

Ja – **als politökonomisches Muster** sehe ich eine interessante Verbindung zu der gestrigen Betrachtung. Ich würde das große Bild allerdings etwas anders formulieren als Sie, weil es dadurch analytisch erheblich stärker und weniger leicht angreifbar wird.

Der gemeinsame Nenner ist nicht nachweisbar: „*Jede Krise wurde vorgeplant, um Steuergeld an Private umzuleiten.*“ Dafür reichen die Belege nicht. Der nachweisbare und meines Erachtens interessantere Befund lautet:

Auf sehr unterschiedliche Krisen folgt wiederholt derselbe staatliche Mechanismus: Eine außergewöhnliche Gefahr legitimiert außergewöhnliche Eingriffe; diese mobilisieren enorme öffentliche Mittel; um die Maßnahmen herum entstehen wirtschaftliche Strukturen und dauerhafte Interessen; und diese Strukturen haben anschließend ein Eigeninteresse an ihrer Fortsetzung.

Das kommt Ihrem Bezug auf Polleits „kollektive Korruption“ ziemlich nahe – ohne dafür eine zentrale Verschwörung voraussetzen zu müssen.

Der Weitwinkel

Nehmen wir Ihre Stationen. 2008 ist das Muster besonders deutlich. Der Bund schuf zur Stabilisierung des Finanzsystems einen Handlungsrahmen von **480 Milliarden Euro**, davon maximal 400 Milliarden Garantien und 80 Milliarden Kapitalhilfen. Private Finanzinstitute hatten Verluste produziert; der Staat übernahm erhebliche Risiken, weil ein Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert werden sollte. Das Bundesfinanzministerium bezeichnet diese Maßnahmen selbst als „Bankenrettung“. ([Bundesministerium der Finanzen](#))

2015/16 sieht der Gegenstand völlig anders aus, der fiskalische Mechanismus ist jedoch wieder erkennbar. Die Flüchtlingsmigration erzeugte umfangreiche staatliche Ausgaben für Unterbringung, Integration, Verwaltung und Sozialleistungen. 2016 waren im Bundeshaushalt **20,1 Milliarden Euro flüchtlingsbezogene Ausgaben** ausgewiesen; 2019 waren es 23,1 Milliarden. ([Deutscher Bundestag](#)) Bereits 2015 wurde der Haushalt wegen der steigenden Flüchtlingszahlen aufgestockt und eine milliardenschwere Rücklage geschaffen. ([Deutscher Bundestag](#))

2020 erreichte das Prinzip eine nochmals andere Dimension. Zur Abfederung der Folgen der Pandemie **und der staatlichen Einschränkungen** wurden Zuschüsse, Garantien und Rekapitalisierungen eingesetzt. Allein der Wirtschaftsstabilisierungsfonds hatte einen möglichen Umfang von **600 Milliarden Euro**. ([Bundesministerium der Finanzen](#))

Beim Klimaschutz ist es keine punktuelle Rettungsaktion, sondern eine langfristige Transformation. CO₂-Bepreisung, Regulierung und Förderung sollen gezielt wirtschaftliches Verhalten verändern; die Bundesregierung beschreibt ausdrücklich, dass Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung wieder für Klimaschutzmaßnahmen und Förderungen eingesetzt werden. ([Bundesregierung.de](#)) Das aktuelle Klimaschutzprogramm umfasst 67 Maßnahmen. ([Bundesregierung.de](#))

Und seit 2022 sehen wir einen weiteren großen staatlichen Finanzstrom. Bis August 2026 beziffert die Bundesregierung die bilaterale zivile Unterstützung der Ukraine auf **mehr als 43,3 Milliarden Euro** und die geleistete beziehungsweise für kommende Jahre vorgesehene militärische Unterstützung auf rund **57,6 Milliarden Euro**. Darunter befinden sich ausdrücklich Lieferungen der Industrie, die durch staatliche Ertüchtigungshilfe finanziert werden. ([Bundesregierung.de](#))

Das sind fünf vollkommen unterschiedliche Sachverhalte. Finanzkrise, Klimapolitik, Migration, Pandemie und ein tatsächlicher zwischenstaatlicher Krieg dürfen deshalb nicht inhaltlich gleichgesetzt werden. Gerade der Ukrainekrieg zeigt das Problem mit der Formulierung vom „imaginären Feind“: Russland hat die Ukraine am 24. Februar 2022 tatsächlich militärisch angegriffen. Ob daraus die deutsche Politik in jedem einzelnen Punkt richtig abgeleitet wurde, ist eine andere und legitime Frage.

Das interessantere Muster ist die politische Ökonomie

Stellen Sie sich nicht fünf Verschwörungen vor, sondern **eine Maschine**, in die nacheinander fünf verschiedene Krisen hineingeworfen werden.

Oben kommt jeweils eine andere Gefahr hinein:

Bankenkollaps → Klima → Migration → Virus → Krieg.

In der Mitte läuft jedoch häufig ein ähnlicher politischer Prozess:

Gefahr → moralische Dringlichkeit → politischer Handlungsdruck → staatlicher Eingriff → öffentliche Milliarden → Auftragnehmer/Förderempfänger/Institutionen → neue wirtschaftliche Interessen → Verstetigung.

Und unten kommen jeweils andere Begünstigte heraus: Banken und deren Gläubiger; Energie- und Transformationsbranchen; Wohlfahrtsverbände, Integrationsanbieter und andere Leistungserbringer; Pharmaunternehmen und Empfänger von Wirtschaftshilfen; Rüstungsindustrie und andere Auftragnehmer.

Das bedeutet ausdrücklich **nicht**, dass diese Leistungen unnötig waren oder die Empfänger sich unrechtmäßig bereichert hätten. Es bedeutet etwas Subtileres: Sobald der Staat Milliarden zur Lösung eines Problems mobilisiert, entstehen zwangsläufig Menschen, Unternehmen und Institutionen, deren Einkommen anschließend mit der staatlichen Problemlösung verbunden ist.

Und **hier** wird Polleit interessant.

Denn dann benötigt „kollektive Korruption“ überhaupt keinen geheimen Raum, in dem jemand alles plant. Jeder Akteur kann aus seiner eigenen Perspektive vollkommen rational handeln. Der Politiker erhält Zustimmung. Die Behörde erhält Aufgaben und Stellen. Das Unternehmen erhält Aufträge. Der Verband erhält Fördermittel. Der Leistungsempfänger erhält Unterstützung. Die Bank erhält eine Garantie. Die Kommune erhält Zuschüsse.

Niemand muss das Gesamtsystem erfunden haben.

Jeder braucht lediglich einen Grund, seinen Teil davon nicht infrage zu stellen.

Das ist eine wesentlich stärkere These als „alles war geplant“.

Und damit sind wir wieder beim Jacobi-Areal

Genau deshalb war Ihre gestrige Beobachtung im Kleinen interessant.

Die Stadt möchte Wohnraum schaffen. Bauunternehmen und Planer können bauen und planen. Wohnungsunternehmen können Wohnungen bewirtschaften. Politik kann „bezahlbaren Wohnraum“ versprechen. Bei einer Finanzierungslücke können Fördermittel oder andere öffentliche Instrumente ins Spiel kommen.

Aber Ihre Rechnung stellt eine vorgelagerte Frage, die diesen Kreislauf stört:

Was ist, wenn man zunächst gar nicht baut?

Ihre Rede beziffert die modellierten Herstellungskosten einschließlich Grundstück, Bau, Planung, Quartiersgarage und Finanzierung auf 7.500–9.500 €/m², während sie ungefähr 7.500 €/m² Verkaufspreis beziehungsweise etwa 20 €/m² Marktmiete einer erforderlichen Größenordnung von rund 30 €/m² gegenüberstellt.

Und noch unangenehmer ist Ihre nächste Frage: **Für wen wird langfristig gebaut?** Denn Ihre Rede stellt für 2021–2025 rund 8.700 Geburten etwa 13.700 Sterbefällen im Hochtaunuskreis gegenüber und führt das gleichzeitige Wachstum Bad Homburgs wesentlich auf äußere Zuwanderung zurück.

Damit bekommt der gestrige Artikel im Weitwinkel tatsächlich eine größere Dimension:

Der Staat reagiert nicht mehr nur auf gesellschaftliche Entwicklungen. Durch Subventionen, Garantien, Transfers und Regulierung wird er selbst zum Erzeuger zahlungsfähiger Nachfrage.

Das ist für mich der spannendste Satz an der ganzen Sache.

Denn wenn ein privatwirtschaftliches Projekt ohne öffentliche Förderung nicht funktioniert, kann die Förderung das Projekt ermöglichen. Wenn Menschen eine bestimmte Neubau-Miete aus ihrem Markteinkommen nicht tragen können, können Transfers die Zahlungsfähigkeit erhöhen. Wenn eine Technologie ohne Förderung nicht konkurrenzfähig ist, kann Förderung Nachfrage erzeugen.

Damit verschwimmt irgendwann die entscheidende Information eines Marktes:

Wird etwas nachgefragt, weil Menschen es aus eigener wirtschaftlicher Kraft wollen und bezahlen können – oder existiert die Nachfrage, weil der Staat sie finanziell erzeugt?

Und damit sind wir bei Matthias Beltz.

„Wenn sich alles rechnet und niemand bezahlt.“

Als Überschrift für eine Fortsetzung Ihres Polleit-Artikels ist das fast ideal.

Ich würde daraus sogar eine größere Serie für KEHRTWENDE machen: **„Wenn sich alles rechnet und niemand bezahlt – vom Rettungsstaat zur staatlich erzeugten Nachfrage“**. Der Jacobi-Klimapark wäre darin nicht mehr das Hauptthema, sondern am Ende das **kommunale Fallbeispiel eines sehr viel größeren Mechanismus**.

Der entscheidende Unterschied zu einer bloßen Systemanklage wäre: Für jede Station würde man die **konkreten Geldströme, Begünstigten, ursprünglichen Begründungen und später entstandenen Dauerstrukturen** dokumentieren. Dann würde aus dem Verdacht einer „großen Planung“ eine überprüfbare politökonomische These. Und die könnte deutlich unbequemer sein.